

itten höheren Schule beschloss, und die nächsten Reformer müssen sich von Professor Führer in München lassen, daß wir Deutsche auf unsere höhere Schule nicht verzichten können. Von besonderem Interesse für die proletarische ist noch der Ausspruch eines Vertreters der Industrie, des Professors Stod, der vor allen den Experimenten warnte, da die höhere Schule dem Unterrichtsministerium lieber brauchbare und leistungsfähige Menschen geliefert habe.

In dem Ausschuss für die Lehrerbildung sind ähnliche rücksichtige Richtlinien gegeben worden. Man vertritt jede Weite des Blickes, überall soll der Lehrer wiederum in pädagogischen Sonderanstalten mit Wissen angefillt werden und die pädagogische Praxis dann künstlich hinten an gestellt werden. Nirgends ist der Gedanke durchgedrungen, daß der Lehrer gerade aus der erzieherischen Tätigkeit herauswachsen muß, in praktischer lebendiger erzieherischer Gemeinschaft sein Können erproben und zum Erzieher heranwachsen muß. Man sieht eben nur durch die Brille der bereits bestehenden Einrichtungen und vernimmt jedes Verständnis für die Not und und das Werden unserer Zeit. Wie könnte man sonst die Kindergärten grundsätzlich der freien privaten Wohlfahrtspflege überweisen und, als ob es gar keine kapitalistische Wirtschaftsordnung und proletarische Not gäbe, das Recht und die Pflicht der Erziehung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter ausschließlich der Familie zuweisen.

Wir sind gewiß nicht mit dem begeisterten Gefühl auf die Reichsschulkonferenz gegangen, daß dort die brennenden Fragen der proletarischen Erziehung gelöst würden. Wir haben auch von vornherein angenommen, daß man versuchen würde, sich auf einer mittleren Linie des Kompromisses zu vereinigen. Wir wußten, daß es einer jener faulen Kompromisse der Demokratie der Mitte sein würde, der die Not verleiht, um noch in der eigenen Katastrophe weiterzukämpfen zu können. Wir hätten gewiß diese kompromittierende Kompromisserei nicht mitgemacht. Unseren Vorfahren war klar, daß ihre Aufgabe darin besteht, rücksichtslos die Wahrheit auszusprechen und im Namen der zukunftsuffendenden proletarischen Gemeinschaft unsere Forderungen zu stellen.

Doch noch nicht einmal zum Kompromiß kam es. Die Reaktion hatte die Macht, und sie nutzte sie völlig aus. Bei der Rußlandzusammenkunft der Reichsschulkonferenz, ihrer Vorbereitung und ihrer Ausnahmemitglieder war es, wenn überhaupt auf die Schulpolitische Entwicklung ein Einfluß ausgeübt werden sollte, von Bedeutung, daß man wenigstens durch eine namentliche Abstimmung den Charakter der Reichsschulkonferenz festlegte. Doch das wollte man vermeiden; darum lehnte man die Abstimmung ab. Die altpreussische junkerliche Reaktion war meistens von brutaler Offenheit, doch die Schulmeisterreaktion wahrten den Schein, sie versteckten sich hinter formal-technischen Bedenken. Nachdem in den Ausschüssen so alles zurückgebogen war, endete die Reichsschulkonferenz mit endlosen Verleumdungen, die kritisch und ohne jede Diskussion die „würdige Verammlung“ über sich ergehen lassen mußte. Das nennt man dann ein Ringen um die neue Erziehung, einen Kampf der Geister um die künftige Schule. Die Linke (Schulreformer und Sozialisten) begehrt auf. Sie erklärten in aller Offenheit, daß sie dieses Verfahren für Zeitverschwendung und Gerabwürdigung hielten. Aber nur wenige zogen die Schlußfolgerung daraus und verließen die Reichsschulkonferenz. Heinrich Schulz und der Minister Koch aber schlossen am Sonntag die Reichsschulkonferenz mit salbungsvollen Phrasen. Ob sie nicht selbst merken, daß solch hohles Gerede durch den häufigen Gebrauch nicht geschmackvoller wird?

Die Haftentlassung Mitwochs.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags beantragte der Genosse Ledebour, die Angelegenheit des verhafteten Genossen Mitwochs auf die Tagesordnung zu setzen, um seine Haftentlassung durch einen Beschluß des Reichstages herbeizuführen. Er begründete diese Forderung besonders mit dem Hinweis darauf, daß Mitwochs der einzige ostpreussische Abgeordnete der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sei. Da infolge des

Friedensvertrages Ostpreußen Teil der Wehr nicht befestigt war, hätte die U. S. P. den Genossen Mitwochs mit auf die Reichsliste gebracht, um den ostpreussischen Genossen eine Vertretung in der Realisation des Reichstages zu sichern. Aus diesem Grunde sei es besonders dringlich, daß seine Haftentlassung sofort bewerkstelligt werde.

Müller-Franken (Soz.) beantragte daraufhin, die Angelegenheit der Haftentlassung der Reichsliste zu überweisen. Da kein Widerspruch sich gegen die Einsetzung der Frage in die Tagesordnung erhob, stellte der Präsident fest, daß auch der Antrag auf Heberweisung der Angelegenheit an den Reichslistenausschuss widerspruchlos angenommen sei.

Die Angriffe gegen Herrn von Raumer.

In der Presse wurde der neue Reichsfinanzminister von Raumer wegen seiner Beziehungen zur Industrie, besonders aus dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft, heftig angegriffen. Es wurde dort behauptet, daß er wegen seiner privatwirtschaftlichen Vergangenheit nicht geeignet sei, den Posten eines Reichsfinanzministers zu bekleiden. Herr von Raumer bestritt nun in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“, daß er sich gegen die staatliche Betätigung auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft gewendet habe, er habe im Gegenteil die abschließenden Verhandlungen beim Ankauf der Elektrizitätswirtschaft seines Widerpruch gegen die Betätigung des Reichs auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft habe sich stets nur auf die in den derzeitigen Gesetzen vorgesehene Form bezogen. Im Schatzministerium habe er unter Beibehaltung seiner Privatverhältnisse in der Zeit vom Dezember 1916 bis März 1918 lediglich eine ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt. Als bei der Liquidation der De-Wendelwerke Konflikte entstanden seien, sei er von seiner Tätigkeit seinem Bunde entsprechend entbunden worden. In den Wädlicher Stickstoff-Werken und auch zu Herrn Simmes habe er keine Beziehungen gehabt.

Von ihm nunmehr abzuwarten haben, welche Tätigkeit Herr v. Raumer als Reichsfinanzminister entfalten wird.

Strafmammern für politische Delikte.

Ein wichtiges Recht jedes Angeklagten ist es, nicht vor ein Gericht gestellt zu werden, das zur Aburteilung besonders geeignet ist. Das Gerichtsverfassungsgesetz bestimmt daher, daß bei Beginn jedes Geschäftsjahres der Präsident mit den Richtern des Gerichts eine Verteilung der Geschäfte vornimmt, die für das ganze Jahr unanfechtbar bleibt. Inwieweit der Tod, die Erkrankung oder die Verletzung von Richtern zu einer Änderung der Verteilung oder tritt durch eine Vermehrung der Arbeitslast die Unmöglichkeit ein, die festgelegte Geschäftsbeteiligung auszuführen, so wird die Verteilung neu gestaltet. Damit kommt das Gericht der Bestimmung der Verfassung nach: Niemand darf seinem geschlichen Richter entzogen werden. Die Unparteilichkeit der Rechtspflege wird dadurch geschützt.

Nachdem der Ausnahmezustand auch im Ausmaß aufgehoben ist, werden alle noch unerledigten Strafsachen, die den außerordentlichen Kriegsgerichten zugewiesen waren, an die ordentlichen Gerichte übertragen. Fast alle diese Strafsachen haben politischen Charakter und stehen mit der Abwehr des Rapp-Unternehmens im Zusammenhang. Werden diese schwebenden Strafsachen insgesamt besonders gebildeten Strafmammern zugewiesen, so würde die Aufhebung der Ausnahmegerichte nur dem Namen nach erfolgt sein.

Es bleibt abzuwarten, ob der Justizminister, der durch den Abgeordneten Genossen Obuch auf die Sachlage besonders aufmerksam gemacht ist, nötigenfalls eingreifen wird, um eine Aufhebung der gesetzlichen Schutzbestimmungen gegen eine partielle Rechtspflege gerade gegenüber politischen Delikten zu hindern.

Protest gegen die Ausweisungen deutscher Arbeiter.

In der ersten Wohnzone in Nordfriesland sind in letzter Zeit zahlreiche Ausweisungen von deutschen Arbeitern durch die dänische Regierung vorgenommen worden. Das Gewerkschaftskartell Mlensborg protestiert auf das Entschiedenste gegen diese Maßnahme, die nur eine Parteimaßnahme für die Unternehmern ist und erwartet, daß die organisierte Arbeiterschaft Dänemarks und Deutschlands gegen diese Ausweisungen vorgehen wird. Das Gewerkschaftskartell hat sich

auch an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam gewandt und es aufgeschoben zu lassen, die nordfriesischen Arbeiterviertel in größerer Zahl vor noch größerem Elend zu bewahren.

Beendigung des pommerischen Landarbes leisten.

Der Vorstand des Kreis (Pommern) teilt mit: Der Tarifvertrag mit den Landarbeitern ist gestern durch die Vereinbarung zustande gekommen. Verzahn für Streiktagen nicht gezahlt. Auf über hundert Gütern ist die Arbeit selber wieder aufgenommen worden. Wegen des Streiks mußten teils der Arbeit noch auf fünf Gütern. Der Kreis hat

II. Bundestag des Internationalen der Kriegsbeschädigten.

Einladung, 20. Juni 1920.
Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Ledebour. Der Internationale Bund ist Anfang 1919 gegründet worden, als die Wogen der politischen Erregung sehr hoch gingen. Die Gründung mußte erfolgen, weil die Kriegsbeschädigten befürchten mußten, daß sie in diesen großen Streitfragen nicht neutral bleiben können. Denn auch die Kriegsbeschädigten sahen in dem Sozialismus den Götter, der sie von ihren Leiden erlösen soll. Da wir das in „Reichsbund“ nicht durchsetzen konnten, mußten wir die Folgerungen ziehen. Bei der Gründung war die Mitgliederzahl von 2000 im Vergleich zum Reichsbund mit seinen damaligen 80 000 ein Name zu nennen. Heute können wir nach 14 monatlicher Entwicklung die Zahl von 106 000 Mitgliedern müssen. Bereits am 27. April 1919 demonstrierten wir auf die Straße, um das öffentliche Gewissen in Deutschland wachzurufen. Durch Demonstrationen und Verklamungsvorleser, Besetzungen, Schulhaft und Besetzungen wurden wir in der Aufnahmsbewegung stark behindert, und dennoch erreichten wir diesen großen Aufschwung. Auch die gewaltige Demonstration vom 23. August 1919, wozu die größte Demonstration von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, etwa 15-20 000, legte Zeugnis ab von dem gewaltigen Wachstum des Internationalen Bundes, durch den die Interessen aller Kriegsopfer am besten wahrgenommen werden.

Unsere Beziehungen zum Internationalen sind bei der im April 1920 stattgefundenen Konferenz in Genf klargelegt: Gegen Kapitalismus und Militarismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für reichhaltige Versorgung aller Kriegsoptionen, für freies Menschentum (Bananenfallender Befall) — Den Kasseler Bericht erstattete Genosse Knoblauch. Durch das gewaltige Wachstum des Internationalen Bundes war es leider nicht immer möglich, mit den vorhandenen Kräften und technischen Mitteln allen Anforderungen und Wünschen durch die Bundesleitung gerecht zu werden. Deshalb ist es Pflicht des Bundestages, hierzu Abhilfe zu schaffen, um besser und fürsorglicher für die Mitglieder arbeiten zu können, denn die Schwierigkeiten sind mit dem größeren Wachstum des Bundes immer mehr geworden. Ein Bewußtsein ist bisher leider unser Bundesorgan gewesen. Es muß ausgebaut werden. Durch eine entsprechende Erhöhung des Eintrittsgeldes und der Mitgliederbeiträge muß das Fundament gehärtet werden, von dem aus der Aufbau unserer Presse in die Wege geleitet werden kann. Nur der Bau Thüringen und Berlin sind es gewesen, die uns aufrecht erhalten haben.

Hiernach fand folgender Antrag des Caucus Deutscher-Klassen einmütige Annahme: Der II. Bundestag des Internationalen Bundes sendet den russischen Vorkämpfern der Weltrevolution ihre herzlichsten Grüße und bespricht alles in Deutschland zu tun um das heldenmütige Ringen des Proletariats zu unterstützen. Sobald es die Verhältnisse möglich machen, wird sich eine Abordnung nach Rußland begeben, um die direkten Beziehungen mit unseren russischen Klassengenossen aufzunehmen.

Das Mandat von Clara Zetkin soll nach einer Mitteilung der bürgerlichen Presse angefochten werden. Es wird dort gesagt, daß Clara Zetkin in Wirklichkeit Hundel heiße und daß Zetkin nur ihr Schriftstellernamen sei. Sie habe nicht das Recht gehabt, diesen Namen als den ihrigen in die Wahlliste einzutragen zu lassen. Das Wahlprüfungsgericht werde sich mit dem Falle zu beschäftigen haben und man müsse damit rechnen, daß Clara Zetkins Wahl als ungültig erklärt werde. — Wir erwarten, daß das Wahlprüfungsgericht und der Reichstag diese Wünsche der reaktionären Presse nicht erfüllen. Clara Zetkin hat auf diesen Namen vollen Anspruch, da sie nur unter ihm ihre politische und schriftstellerische Tätigkeit ausübt. Wenn sie unter diesem Namen in die Wahlliste aufgenommen worden ist, so hat schon die dafür verantwortliche Stelle anerkannt, daß Clara Zetkin ihren Namen mit Recht führt. Der Reichstag wird also kaum befehlen können, daß das Mandat für ungültig erklärt wird.

Blut.

Von Béla Révész.

Einzige berechtigte Hebertragung aus dem Hungarischen von Stefan J. Klein.

Begossen wird der Asphalt. Mit rotem Blut, Proletariatsblut. Dem Friede — selbst unter Steinen hervor — der Verheerung kehre?

Schergenfädel Armen, stierend sollen die Säbelscheiden, herausspringen aus ihnen das Weil, knist nieder aus des Proletariats weit fahenden Kopf, die das Heute erhaltende Hand.

Pferd, Polizistenbestie, Kugelregen werden auf uns losgeschleudert.

Angespißt wird des Arbeiters Leib ... Auf Weisfadnen schimmelt die Gasere.

Sehen sie denn nicht, daß der dampfende Strom unserer Nächte Panzerwagen gegen sie führt?

Umfrängt mit Vorbeiz die geschmiedeten Proletariatschädel! Aus enger, finstere Schadel Dichtung ragen empör die Herren Proletariatschäpfe, und niederprasselt auf uns die siedende, dampfende Volkshast: unter alles für einander!

Seht ihr den schweren Tanz, der die ungarischen Gefilden erbeben läßt?

Der Proletariatschäpfe Tanz? Niederfunk der Schergenbestie auf einen Kopf, auf zehn Köpfe, doch aufschließen Hunderte.

Strafende Haffahrt blendet die Nacht, läßt Menschen teilnassen, doch der trockenden Köpfe Erscheinung bringt das Schergerüst in Bewirrung.

Vor den Sädel, vor die Kugel springt es hin und straßt von der Spitze:

Hinter uns tausend und ober tausend Köpfe, erfüllt von noch euch hungerndem Haß, von der Zukunft Raufsch erfüllenden Wintern ...

Und verfunkenen, barbarischer Zeiten Ferne heult der Schreit drüll wieder „huj, huj, und hier ist auch schon die Erde, das Abendl, ausziehend zur neuen Arbeit, um des vor tausend Jahren bestanden Ungarns willen. Traumerfunkenen Sätzen, breitzergessenen Kataklysen, in Mauerburgen-Ruinen schlummernde Kataklysen erwachen und verblenden Remiskenfleisch unter die Felle!

Mit rostigen Säbeln, mit schwartigen Pfeilen umzingeln sie uns. Das sind ihre Waffen.

Und es kommen die Schwarzgeharnigten, die Schurklichhergen der Dummheit, der Schacht wütende Schwärmer und werren mit Mäuerhänden ihre Särlinge nach uns aus.

O, warmes, rotes Blut des Proletariats ...

Wißt ihr denn nicht, daß er es mit seinem Gehirn riecht? Und seinen Kopf bereits die schwerdüstigen, roten Träume umschaukeln?

In hochbeengten Arbeiterarmen gerät das Blut in Bewegung, in bellenden Arbeiterhergen pößt das Blut aus, in Rüsteln, abern schwellt bereits das Blut an; schleudert eure Garpune in uns.

Welt flucht der Arbeiter Blut ... legt auf seinem verheerenden Weg alles fort, was das euer, beggöt in Reerdestiefen alle Schandboten, die ihr begeht, löst aufspodden alle Seelen, die die unfernen und schmückt mit Kampfkrängen das Wurzputer, wo unsere Welt beginnt.

Heber uns (Schwingt und bröhnt der Zeiten Glocke. Markieren wir der Zukunft zu?

Wir sind bereit!

Eure blinden, geblendeten Augen sehen nicht, daß auf uns bereits die Lebensherrlichkeit niederschneit, sich bedand über unsere niedergeschlagenen Köpfe neigt.

Roch Blut dürstet unsere Revolution. Entzucktmet ist der Boden.

Die Volksbühne.

Das letzte Heft der „Volksbühne“ wirft einen Rückblick auf die Tätigkeit, die der Verband der Berliner Freien Volksbühnen — künftighin „Volksbühne G. B.“ (Vereinigte Freie und Neue Volksbühne) im abgelaufenen Spieljahr entfaltete. In dem Verrichtungsbericht, der Volksbühne an Historisch, kamen 17 verschiedene Werke zur Aufführung von Goethe, Schiller, Kleist, Heibel, Glopfer, Kitzler, Angenruder, Gdn, Gerdind, Raifer, Landner, Schütz, Calderon, Strindberg und Björnsen zur Aufführung. Eine Fülle weiterer Werke wurde den Mitgliedern in zwölf „Vortragstagen“ zugänglich gemacht. Leider boten einige dieser Vorträge Ihren Besuchern nicht diejenige Kraft, die den Wünschen der Volksbühne entsprechen hätte. Sobald die vom Staat angeworbene Kollaborat, mit deren Umbau zu einer

zweiten Volksbühne in Kürze begonnen werden soll, dem Verein zur Verfügung steht, wird er imstande sein, bei der Auswahl der Vortragstage sehr viel kritischer zu sein.

Neben den Vorstellungen veranstaltete der Verband der Volksbühnen 16 Konzerte, in denen Bach, Beethoven, Mozart (Händel), Chopin, Brahms, Schubert, Schumann, Wagner u. a. Klavier der Kunst, aber auch neuere Komponisten wie Vihner, Wolf, Schillings und sogar Schönberg zu Worte kamen. In diesen Konzerten wirkten als Orchesterorgonien Schillings, Gaussegger, Enoch u. a. sowie eine lange Reihe hervorragender Solisten. Am 11. September wurde aus den Werken älterer und neuerer Autoren vorgelesen; auch lasen mehrere Autoren aus ihren eigenen Schöpfungen vor. Verschiedene Einzelpredigten und Vortragstage behandelten Gebiete der Literatur und der bildenden Kunst. Endlich fanden mehrere Führungen durch die Museen statt.

Der Verein Volksbühne ist gewiß, dies Programm im kommenden Spieljahr fortzuführen. Dabei wird es ihm möglich sein, die Zahl seiner Mitglieder, die, nachdem sie auf 110 000 gestiegen war, zunächst geschwunden werden mußte, wiederum nicht unbedingt zu erhöhen. Der Verein weist jedoch daraufhin, daß Neuaufnahmen erst nach dem 12. August erfolgen und daß Vorermittlung nicht berücksichtigt werden können. Nach dem 12. August wird jede der etwa 100 Zahlstellen des Vereins neue Mitglieder aufnehmen.

Eingegangene Druckeiten.

Gerhart Seger: Kunst und historischer Materialismus. Ein Beispiel neuer Kunstbeurteilung. Preis 2 M. Verlag Kupper's Buchverlag.

Im Monatsheften. 12 Monatsmärchen (mit 8 farbigen Bildern) von Franz Müller-Müller, von E. Hübner, R. Bruch, E. Bayler, A. Plöcher und Sophie Reiche u. a. Preis ohne Bilder 12 M., mit Bildern 15 M. Franz Schneider-Verlag, Berlin-Schöneberg.

Johs Fogang: Der weiße Terror in Ungarn. Preis 16 M. Verlagsgenossenschaft „Neue Erde“, Wien.

Ernst Schmitt: Die Wiederaufrichtung Europas. 6 M. Eugen Diederichs Verlag, Jena.

Die kommunistische Schule. Mit einem Vorwort von Erwin Boehme. Schulprogramm der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands. 1.50 M. Der junge Garde, Berlin.

Dr. Fritz Kapp: Der Sozialismus beim Reichsteinkommensteuer- und

Die ukrainischen Millionen.

Zur Zeit der Herrschaft des konterrevolutionären Generals Skoropadski in der Ukraine, der bekanntlich im April 1918 mit Hilfe deutscher Bajonetts zur Herrschaft gelangte, deponierte die deutsche Regierung in Berliner Banken auf den Namen der ukrainischen Selmanregierung 450 Millionen Mark als Entgelt für Waren, die aus der Ukraine nach Deutschland eingeführt worden waren. Ein Teil dieser Beträge, etwa 50 Millionen Mark, gehörte den ukrainischen Genossenschaften.

Nach dem Sturz der Selmanregierung im Oktober 1918 und dem Übergang der Gewalt in die Hände des Direktoriums der ukrainischen Volksrepublik ging die erwähnte Summe in den Besitz der Regierung des Direktoriums über.

Inzwischen hatte die deutsche Regierung von der erwähnten Summe 38 Millionen als Ersatz für Aufwendungen zurückbehalten, die die deutschen Truppen, nach Vereinbarung mit der damaligen Regierung, während der Besetzung der Ukraine gemacht hatten. Ueber die übrigen Millionen wurde bald darauf eine Sperre verhängt, und zwar unter der Begründung, daß die politische Lage in der Ukraine äußerst unklar sei. In der Tat setzte schon im Februar 1919 ein heftiger Kampf zwischen dem ukrainischen Direktorium und der neuorganisierten ukrainischen Sowjetregierung ein, die in kurzer Zeit einen großen Teil des ukrainischen Gebietes für sich gewonnen hatte. Während des ganzen nachfolgenden Jahres wurden nun sowohl von der ukrainischen Sowjetregierung wie von der Regierung des Direktoriums Ansprüche auf die erwähnten 412 Millionen Mark erhoben. Alle Ansprüche wurden aber abgewiesen, weil die deutsche Regierung an dem Standpunkte festhielt, daß keine der beiden Regierungen ein unanfechtbar begründetes Anrecht auf diesen Betrag hätte.

Als vor zwei Monaten die polnische Offensive einsetzte, die anfangs ziemlich weitläufige Erfolge in der Ukraine hatte, machte die Regierung Petljuras, der unmittelbaren Nachfolgerin der Regierung des Direktoriums, die größten Anstrengungen, um die in den Berliner Banken befindlichen Millionen in ihren Besitz zu bekommen. Sie suchte einerseits auf die maßgebenden Ententekreise einzuwirken, um durch sie einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Sie suchte aber auch andererseits die hier befindlichen Vertreter der ukrainischen Genossenschaften für den Zweck auszunutzen, um mindestens einen Teil der den Genossenschaften gehörenden 50 Millionen zu erlangen, damit dieses Geld dann die leeren Kassen der ukrainischen Ubenleurerregierung füllen könnte.

Ueberflüssig zu sagen, daß gerade diese letzten Bemühungen in doppelter Hinsicht zu verurteilen sind; einmal laufen sie darauf hinaus, die deutsche Regierung und das deutsche Volk zu betrügen, indem unter falschen Vorwänden Beträge, die dem gesamten ukrainischen Volke gehören, in die Hände eines Häufleins von Ubenleuren geschleift werden. Andererseits würde aber die Verwirklichung dieses Planes auch einen heftigen Schlag für das ukrainische Genossenschaftswesen bedeuten, das durch seine Eingeständnis in das verbrecherische Ubenleurer Vorkommnis auf das schwerste kompromittiert und geschädigt werden würde.

Es ist unter diesen Umständen zu verstehen, daß die Vertreter der ukrainischen Arbeiter- und Bauernparteien die Hilfe des deutschen Proletariats anrufen, um das von den konterrevolutionären geplanten Attentat auf die ukrainischen Millionen zu verhindern. Dem Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie ist von der Auslandsdelegation der ukrainischen sozialrevolutionären Partei folgendes Schreiben zugegangen:

Sehr geehrte Genossen!

In der letzten Zeit erleben verschiedene gegenrevolutionäre Organisationen, die im Dienste der Weltreaktion und der Weltkonterrevolution stehen, auf in Deutschland in Verwahrung der Reichsbank sich befindendes dem ukrainischen Volke gehörendes Guthaben von etwa 400 Millionen Mark Ansprüche.

Mit diesem Gelde sollen die Sadner Petljuras und die Skoropadskis organisiert werden um die ukrainische und russische Revolution im Wege zu erschließen.

Es besteht gegenwärtig die Gefahr, daß den Sadnern der Gegenrevolution dieses Gut des ukrainischen Volkes ausgeliefert wird, so wenden wir uns an Euch, Genossen, mit der dringenden Bitte: Wendet Euren ganzen Einfluß auf und verhindert, daß das Geld irgend einer konterrevolutionären Organisation ausgeliefert, daß es nur der legitimen Vertretung des ukrainischen Volkes ausgeliefert werde.

Mit sozialistischem Gruß

Aus der Auslandsdelegation der ukrainischen sozialrevolutionären Partei

ges.: N. Schichtel.

Ein ähnliches Schreiben hat auch das Auslandskomitee der ukrainischen kommunistischen Partei, geleitet von W. Lewinsh und Dr. Grigori Polamar, an den Parteivorstand der U. S. D. gerichtet. Die Bitte unserer ukrainischen Genossen verdient aufmerksamste Beachtung und vollste Unterstützung. Es würde die Interessen Deutschlands auf das schwerste schädigen, wenn die deutsche Regierung unter irgend welchen Einflüssen von ihrem bisherigen Standpunkt der Zurückhaltung der ukrainischen Millionen abwichen und auch nur einen kleinen Teil dieser Gelder den usorparatorischen Ubenleuren ausfolgen würde, die dieses Geld zur Finanzierung ihres Feldzuges gegen das ukrainische Volk brauchen. Wir erwarten, daß diesen Anforderungen unter keinen Umständen Folge geleistet wird und daß den Herren, die ihre Hände nach diesen ukrainischen Millionen ausstrecken, mit aller Deutlichkeit gesagt wird, daß sie die Berliner Depots auch nicht für ihre finanziellen Spekulationen und Transaktionen in Holland usw. ausnützen dürfen.

Die ukrainischen Gefangenen in Deutschland.

Seit Monaten werden von Seiten der russischen und ukrainischen Reaktionen die größten Anstrengungen gemacht, um auch die ukrainischen Gefangenen, die sich noch gegenwärtig in Deutschland befinden, als Kanonensfutter für den in der Ukraine entsetzten Krieg zu gewinnen. Um diesen Zweckzweck ein Ende zu setzen, hat kürzlich eine Konferenz der Vertreter der ukrainischen Gefangenen in den Lagern Waldam, Hammelsburg, Damsel, Bardsleben, Guben, Sopan, Salzwedel, Krossen, Kössel, Prenzla, Müch, Berna, Reudam, Staroort und Gede stattgefunden.

den, die im Rahmen der von ihnen vertretenen 30 000 Gefangenen eine Reihe von Beschlüssen angenommen hat.

Die Versammlung sprach zunächst ihre Sympathie der ukrainischen Republik aus und wandte sich mit einem Appell an die deutschen Arbeiter, bei der Regierung dafür einzutreten, daß die angeblichen diplomatischen Vertreter der Ukraine nicht mehr anerkannt werden. Die Versammlung beschloß ferner, sich an die deutsche Regierung mit der Vorstellung zu wenden, nicht mehr die ukrainischen Militärsondationsmissionen für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen anzuerkennen, da sie weder vom ukrainischen Volke in der Ukraine, noch von den Gefangenen in Deutschland anerkannt werde.

Die einmütige Auffassung der Versammlung ging dahin, daß die Interessen der ukrainischen Gefangenen nur wahrgenommen werden könnten, vom Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Viktor Kopp, der allein die Vollmacht habe, mit der deutschen Regierung zu verhandeln und Verträge über den Austausch mit den in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen abzuschließen. Von ihm erwarten die ukrainischen Kriegsgefangenen denn auch, daß er alle Schritte zur raschesten Heimbekehrung der ukrainischen Kriegsgefangenen unternehmen wird.

Um den Steuerabzug.

Die Erregung über den Steuerabzug vom Lohn und Gehalt ist auf die Reichstagspartei noch nicht ganz wirkungslos geblieben. Ein gemeinschaftlicher Antrag mehrerer Parteien wurde eingebracht, der darauf hinwirkt, daß die drückenden Härten des Verfahrens vom Steuerabzug abgemindert werden sollen, und zwar vor allem mit Rücksicht auf den Familienstand. Der Reichsfinanzminister Wirth soll sich grundsätzlich bereit erklärt haben, auf diese Forderung einzugehen und entsprechende Verfügungen zu treffen. Die Deutschenationalen haben daneben noch eine Resolution eingebracht, wonach die Regierung ersucht werden soll, die Bestimmungen über den Steuerabzug dem Reichstag zur Prüfung vorzulegen und bis zum Abschluß dieser Prüfung das Abzugsverfahren vorläufig auszusetzen.

Diese Anträge sind lediglich aus parteidemagogischen Gründen gestellt. Die bürgerlichen Parteien wollen das Abzugsverfahren nur mildern, nicht aber die Wenachteiligung der minderbemittelten Bevölkerung durch den Steuerabzug beseitigen. Sie sind darin einig, daß die bestehenden Klassen nach Möglichkeit geschont und dafür die wehrfähige Bevölkerung um so härter herangezogen werden muß; der Streit geht lediglich um die Form.

Die Rechtssozialisten, die bei der Schaffung des Steuerabzugs hervorragend beteiligt waren, verteidigen jetzt auf das lebhafteste diese Maßnahme, die sie förmlich als ein Glück für das arbeitende Volk hinstellen möchten. Sie behaupten, wie neuerlich erst der „Vorwärts“, daß die bestehenden Kreise durch die Steuererhebung in so scharfer Weise herangezogen worden seien, daß mehr aus ihnen nicht herausgeholt werden konnte und daß deshalb auch die minderbemittelte Bevölkerung ihre Pflicht zur Steuerzahlung auf äußerste erfüllen müsse. Und dafür sei gerade der Lohnabzug ein sozial gerecht wirkendes Mittel. Das Blatt wiederholte bei dieser Gelegenheit die Phrase von dem Hofseher und dem Direktor eines großen Bank, die in gleicher Weise sich 10 Prozent von ihrem Einkommen abziehen lassen müßten. Wir haben schon vor einigen Tagen auf das Widersinnige dieses Vergleiches hingewiesen. Der Hofseher gibt mit dem Steuerabzug einen erheblichen Teil seines Einkommens gütlos an den Staat ab, das noch unter dem Existenzminimum liegt. Der Direktor dagegen gibt nur einen Teil seiner Steuer, der Rest wird ihm bis zum nächsten Jahre gesendet, der Abzug vermindert sein Einkommen vorläufig nur um einen verhältnismäßig unbedeutenden Teil. Soll das eine soziale Gerechtigkeit darstellen?

In welcher Weise die bestehenden Klassen bisher zu den Lasten des Staates herangezogen worden sind, darüber mögen sich die Rechtssozialisten aus diesen Kreisen selbst unterrichten lassen. Auf dem demokratischen Parteitag in Leipzig ist ausführlich dargestellt worden, daß die Steuererhebung die bestehenden Kreise in Wirklichkeit nur ganz geringe anfaßt. Und neben vielen anderen Fällen gibt der Fall des Herrn Stinnes, der trotz der angeblich so scharfen Erfassung des Kapitals fortgesetzt ungeheure Summen in neuen Unternehmungen ansetzen kann, eine treffende Illustration zu diesem Thema. Schließlich mögen sich die Rechtssozialisten nicht nur die Ausweise der Industrieunternehmungen, sondern vor allem noch die Bilanzabschlüsse der Großbanken ansehen, aus denen hervorgeht, welche glänzenden Zeiten das deutsche Kapital gerade jetzt erlebt.

Wenn schon die Steuer „an der Quelle“ erhoben werden soll, so muß dafür gesorgt werden, daß damit bei den bestehenden Klassen der Anfang gemacht wird. Die Koalitionsparteien mit Einschluß der Rechtssozialisten haben aber dem Kapital genügend Zeit gelassen, um einer scharfen Heranziehung zur Steuer zu entgehen, dafür soll nun die Arbeiterklasse durch den Steuerabzug bluten. Wenn schon die Quellentheorie verworfen werden soll, so möge man bei den bestehenden Klassen beginnen!

Die Anrechnung der Naturalbezüge beim Steuerabzug.

Es wird mitgeteilt: Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes hat der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung 10 v. H. des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers abzugelassen. Als Arbeitslohn gelten nach § 9 des Gesetzes außer dem baren Lohn auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den örtlichen Mittelpreisen anzusetzen. Um diesen Vorschriften gerecht zu werden, schreiben die Ausführungsbestimmungen vor, daß, soweit nicht in Lohnarbeitsvereinbarungen getroffen ist, die von den bereits zuständigen Versicherungsämtern auf Grund der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortspreise maßgebend sein sollen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Versicherungsämter den außerordentlich schwankenden Preisen der Lebenshaltung nicht überall und nicht gleichmäßig gefolgt sind, so daß die augenblicklichen Bestände dieser kleineren, sachlich nicht gerechtfertigten Unterschiede anwachsen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erschwerer es, daß zunächst noch für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundätze ausgearbeitet werden. Der Reichsfinanzminister hat sich daher zu der Anordnung entschlossen, daß bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht mit in Anrechnung kommen sollen. Die Anrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst am 1. August und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab, in Kraft treten. Wo also der Gesamtlohn eines Arbeiters gleichmäßig aus Barmittel und Naturalbezug besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Barmittel und erst vor diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Aus der Parteipresse.

Die forben erschienenen Nr. 23 der von Dr. Rud. Weißbach herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Clemenceau und der Kommunismus von Aulus; Gewerkschaftliche Weltpolitik von Otto Jenßen; Die Angehörigen der Bewegung von E. Hoffmeister; Berliner Bankbilanzen von Bruno Kitz; Die Politik der Programmlosigkeit von F. W.; Kinderleben und Abhilfe von Irma Giff; Ein Wort zur Sozialisierung der Frauen von Ella Lachmann.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitgeber lehnen den Schiedspruch im Einzelhandel ab.

Die Arbeitgeber im Einzelhandel, welche in der Einzelhandelsgemeinschaft organisiert sind und zu den reaktionärsten Arbeitgebern gehören, haben den von dem Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums über den Rahmen des Tarifgesetzes gestellten Schiedspruch abgelehnt. Sie suchten nach Gründen für die Ablehnung und fanden nach längerem Suchen auch solche. Der Schiedspruch stellt fest, daß Lehrlinge und jugendliche Angestellte bis zum vollendeten 17. Lebensjahre nicht zu Ueberstunden herangezogen werden dürfen. Das ist ihnen natürlich unfaßbar, und sie wollen für die Ueberstunden auf diejenigen, welche bisher ihre willigsten und billigsten Arbeitskräfte waren, nicht verzichten. Ferner verlangen sie, daß für die kleineren Geschäfte 20 Prozent niedrigere Gehälter festgesetzt werden als für die größeren. Das gefordert aber gar nicht zu diesem Schiedspruch, denn der Schiedspruch über die Gehälter war bereits gefällt und von ihnen angenommen. Der Schiedspruch setzte auch fest, daß alle Angestellten mit einem Gehalt bis 18 000 M. pro Jahr Ueberstundenbegriffe erhalten sollen, während die Unternehmer die Grenze bei 15 000 M. haben wollen. Alles in allem Gründe, die an den Haaren herbeigezogen sind, nur um der Ablehnung einen Schein von Berechtigung zu geben. Die Herren meinen, die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen sehr so, daß sich die Angestellten nicht rühren können und glauben, daß sie ihnen alles bieten dürfen. Sie befinden sich aber sehr im Irrtum, denn das kaufmännische Personal in den Geschäften des Einzelhandels weiß ganz genau, daß seine Arbeitgeber zu denen gehören, die den meisten Nutzen aus der Kriegskonjunktur und aus den Verhältnissen nach Ausbruch der Revolution gezogen haben, ohne daß sie sich bemüht fühlen, ihren Angestellten, die sie „treue Mitarbeiter“ betiteln, die geradezu unmöglichen Gehälter aufzubessern.

Hoffentlich ziehen die Angestellten endlich daraus die Lehren: Nur im Kampf mit den Unternehmern sind wir imstande, unsere Löhne zu verbessern, alles Bitten und Schmarotzen führt nicht zum Ziel. Die Harmonieverbände der Angestellten haben vollkommen verfangen und werden weiter verfangen, weil sie die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigen, sehr zum Schaden der Angestellten, denn die Unternehmer denken nicht daran, ihren Angestellten auch nur das Geringste ohne Kampf zuzugestehen. Der Zentralverband der Angestellten hat natürlich sofort die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt, und es wird erwartet, daß diesem Antrage so schnell wie möglich entsprochen wird, da es sonst sehr leicht zu Differenzen kommen kann.

Die Lohnbewegung in der Stud- und Gipsbaubranche.

Eine am Donnerstag stattgefundene, äußerst stark besuchte Versammlung der Stud- und Gipsbaubranche befaßte sich mit der Ablehnung des Schiedspruches bzw. der kritischen Tarifpositionen durch die Unternehmer. Sehr stark wurde die Ansicht vertreten, sofort die Arbeit niederzulegen. Auf Vorschlag des Sekretariats beschloß die Versammlung, erst noch die Verhandlung am Montag, den 23. d. M. vor dem Demobilisationskommissar über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches abzuwarten.

Ferner wurde die Abstimmung über den Schiedspruch vom 23. Juni scharf abgelehnt und es wurde für die ab 1. Juli eine solche von 85 Pf. die Stunde vorgeschlagen, auf Dienstag, den 25. Juni vertagt.

Die Magistratsbildungsstellen am 23. und 24. d. M. in der Hohenstaufferstraße zwei Volksversammlungen ab. Die Versammlung nahm nach dem Beserat des Kollegen Wulbert folgende Entschliessung an: „Die heute in der Hohenstaufferstraße versammelte nicht ständig Angestellten des Magistrats Berlin stellen mit Entschiedenheit die in der Regelung der Gehaltsbezüge seitens des Magistrats geübte Verschleppungspolitik fest. Sie fordern unverzüglich die Regelung der seit Anfang März schwelenden Gehaltsfrage und verlangen Respektierung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung.“ Auch zu den Anordnungen der Arbeitsgemeinschaft und des Zentralen Ausschusses durch den Treuhandreferenten Harner noch wurde Stellung genommen und nach Beantwortung dieser dauernden Beschäftigung der Magistrats nachstehende Resolution zur Annahme gebracht: „Die hier versammelten nichtständig Angestellten des Magistrats Berlin erheben gegen die verschiedenen Angriffe der Stadtverordneten Räte und Genossen betreffend die Angriffe über die Tätigkeit und Kosten der Betriebsräte des Zentralen Ausschusses, der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter sowie des Arbeitslosenrats den schärfsten Protest. Sie fordern von den sozialistischen Fraktionen wie vom Magistrat der Stadt Berlin, daß die Angriffe der reaktionären Stadtverordneten nicht in gebührender Weise zurückgewiesen werden, sie sprechen hiermit erneut obengenannten Körperschaften ihr volles Vertrauen aus. Prover Angestelltenverband.“ Im Anschluß an diese Resolution wurde von einem Deputationstribunal unter großem Beifall der Versammelten empfohlen, alle bürgerlichen Kräfte aus den Kreisen der Magistrats herauszuwerfen und als weitere eine Arbeiterzeitung zu abzuwerfen. Danach nahm die Versammlung mit Genehmigung den Bericht des Kollegen Weierich von dem Ergebnis der Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht auf, welches den Hilfskräften weit über den Rahmen des Vertriebsgesetzes hinausgehende Befugnisse einräumt. Zum Schluß der Versammlung wurden noch die Marburger Vorgänge einer kritischen Besprechung unterzogen. Das Ergebnis dieser Besprechung ist folgende Resolution: „Die hier am 24. Juni 1920 versammelte Offizierliste des Magistrats Berlin erheben den schärfsten Protest gegen die Preispolitik der Marburger Arbeiterkammer. Wir verlangen, daß die sozialistischen Fraktionen des Reichstages bei der Regierung den schärfsten Protest gegen dieses Verbot erheben.“

„FREIE WELT“

Ein Brief von Rosa Luxemburg

Die Baluta, reich illustrierter Artikel

Heft 50 Pfennig

